

Bauen für Frankfurt?

Neujahrsempfänge in der Stadt. In der Presse: „Das DKP/LL-Treffen gemeinsam mit der Linkspartei, stand unter dem Motto: „Von deutschem Boden darf nie mehr Krieg ausgehen!“ und „Gegen den Rechtsruck“.

Natürlich wurde neben dieser wichtigsten Frage überhaupt auch über soziale Fragen gesprochen.

In den Berichten über den CDU-Neujahrsempfang konnte man lesen: „Mörfelden-Walldorf kann auch anders, auch ohne SPD. Wir wollen 2021 den Wechsel vollenden.“

Man buhlt um die Grünen: „Es gibt viele neue Felder der Zusammenarbeit mit den örtlichen Grünen, wenngleich die Schaffung von mehr Wohnraum noch kontrovers diskutiert wird.“

Beim SPD-Empfang erinnerte Werner Schmidt „an die rosigen Zeiten alleiniger SPD-Herrschaft in der Doppelstadt“. Die Hauptrednerin Hofmann „machte Mut, neue Baugebiete auszuweisen“.

Das Thema „Neue Baugebiete“ ist in den letzten Monaten ein Hauptthema bei der SPD, der CDU und den anderen Parteien. Wie soll man damit umgehen?

Fakten: Bei Mieten und Kaufpreisen gibt es eine immer größer werdende Preisspanne zwischen Stadt und Land, zwischen Metropolen und Dörfern, in denen oft nur noch die Alten ausharren. Ohne Laden, ohne Schule, ohne Busverbindung.

Auch in Frankfurt sind die Wohnkosten viel stärker gestiegen als die Einkommen. Durchschnittsverdiener finden kaum noch eine für sie bezahlbare Wohnung. Wenn jetzt viele Banker wegen dem Brexit nach Frankfurt kommen, kriegen die Immobilien-Kapitalisten glänzende

Augen. Aber die meisten Arbeiter und Angestellten haben keine Chance, eine halbwegs bezahlbare Wohnung zu finden. Familien müssen über ein Netto-Haushaltseinkommen von mindestens 4200 Euro im Monat verfügen, um in Frankfurt eine ihren Ansprüchen genügende Wohnung zu finden. In teureren Lagen müssten sie dafür sogar mehr als 6000 Euro pro Monat verdienen. Ein weiterer Druck auf den Wohnungsmarkt kommt vom Großflughafen Frankfurt.

Das alles hat Folgen für das Umland. Früher hat man in Mörfelden und Walldorf Baugebiete ausgewiesen, als Flüchtlinge und Aussiedler nach dem verbrecherischen Nazi-Krieg unterzubringen waren. Oder man brauchte Platz für die Kinder, wenn sie erwachsen waren und Familien grün-

deten. ... und es war noch Platz da. Heute gibt es kaum mehr Bauland. Dafür viele Beschränkungen, die zum Schutz des Flugbetriebes und der Umwelt eingerichtet wurden. Die Stadt selbst hat kaum verfügbare Flächen für Wohnungen und Infrastruktur. Der Klimawandel erfordert, nicht alles zuzubauen. Freiflächen und Frischluftzufuhr werden zunehmend lebensnotwendig. Wie das Problem lösen? Wenn schon gebaut wird, sind die Häuser schnell belegt, wie wir beim Baugebiet Walldorfer Weg sehen. Aber sagen muss man auch: In die Häuser, die direkt an der Bahn stehen, sind nach Angaben der Verwaltung überwiegend Neubürger eingezogen. Das weist uns auf ein Dilemma hin. Neue Baugebiete, neue Straßen, neue Anforderungen. Von Kindergärten bis Sporthallen. Die Stadt allein kann das nicht schaffen.

Mehr auf Seite 3

Panzer rollen durch Hessen

Auf Deutschland kommt in diesem Jahr das größte Nato-Manöver seit Ende des Kalten Krieges zu. Hessen spielt dabei eine zentrale Rolle. Beim Verlegen der Einheiten werden sämtliche Aktivitäten „federführend vom europäischen Hauptquartier der US-Streitkräfte in Wiesbaden übernommen“, so der Staatskanzlei-Chef Axel Wintermeyer (CDU) in seiner Antwort auf Fragen des Linken-Abgeordneten Jan Schalauske.

Bei dem Manöver „Defender 2020“ übt die Nato die Verlagerung von US-Soldaten und Truppen aus anderen Nato-Staaten nach Polen und ins Baltikum. Dabei durchqueren sie Deutschland. Etwa 37.000 Soldaten sollen beteiligt sein. „Die Hauptverlegeteile der US-Verbände reichen dabei von Februar bis in den Mai 2020“.

In Hessen werden - wie in ganz Deutschland - Transportkolonnen auf Autobahnen rollen und lange Güterzüge die Bahnhöfe durchqueren. Der Flughafen Frankfurt und der US-Airport in Wiesbaden-Erbenheim sollen „für die Verlegung von Truppenteilen per Lufttransport“ genutzt werden. CDU-Wintermeyer sieht in dem Manöver „ein deutliches Bekenntnis“ der USA zur Sicherheit in Europa. Gleichzeitig zeige die Übung, „dass europäische Partner gemeinsame Vorhaben mit US-Streitkräften verlässlich unterstützen und umsetzen“. Hier wählt der Vertreter der Landesregierung dieselben Worte wie die Bundeswehr.

Mehr zum Thema: Seite 4



75 Jahre Befreiung von Auschwitz. Weltweit in allen Medien Thema. Bei uns gab es Veranstaltungen in Groß-Gerau und Mörfelden. Es war und ist wichtig, an den Faschismus zu erinnern. Gerade weil man immer wieder hört „Es muss auch mal Schluss sein mit dem Thema“ und weil rechte Gruppen anwachsen und die AfD den Faschismus verharmlost und seine Opfer herabwürdigt. Wir haben in unserer Stadt eine vorzeigenswerte Erinnerungskultur. Aber nichts kam von allein! Schon in den Jahren 1970 und 1971 waren wir für den „blickpunkt“ im Stadtarchiv und fanden dort Akten, die genau belegten, wieviel Hafer die Pferde Gustav-Adolfs gefressen hatten. Zu den Juden unserer Stadt

fanden wir nichts. Die Juden, die früher in Mörfelden wohnten, waren ausgelöscht. Sie fehlen in den Dorfakten, sie fehlten oft schon im Gedächtnis der Bewohner. „Bei uns ist kein KZ-Opfer bekannt“ hörten wir. „Aber es gab doch Juden im Ort!“, fragten wir. „Ja, die wurden abgeholt.“ Sie wurden „abgeholt“ und ermordet. Sie fehlten einfach: ehemalige Nachbarn, Spielgefährten, Kollegen, Freunde. Wir schrieben: „Wenn wir sie nicht wiederfinden, dann haben wir mehr verloren als die Toten zweier Weltkriege. Wir haben die Menschlichkeit eingeübt.“ Das Thema hat uns nie losgelassen. Junge Kommunisten entdeckten das KZ-Außenlager Walldorf und im Grunde wurden alle Gedenkorte und Straßennamen in unserer Stadt von der DKP initiiert. (www.dkp-mw.de/public/books/verfolgte). Im Jahre 1986 veröffentlichte unsere Stadt „Die schlimmste Sache war die Angst“ von Cornelia Rühlig und Inge Auer. Ein Standardwerk. Jana Hechler u.a. Schülerinnen schrieben Hervorragendes, brachten neue Sichtweisen.

Im Jahr 2016 kam das Buch: „Steine gegen das Vergessen“ von Hans-Jürgen Vorndran. Ein Buch, das niemanden kalt lässt und auch verstärkt in Schulklassen behandelt werden sollte. Das sind heute wichtige Materialien auf die weitere Forschungen aufbauen können. Wir jedenfalls werden dran bleiben und das Thema weiter unter die Leute bringen. 75 Jahre Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee heißt aber auch, alles daran zu setzen, dass die Rettung des kleinen Geschwister Reiß-Hauses in der Langstraße 37 gelingt. Das Haus (Grundstücksanteil 110 m²) wurde vor einigen Jahren als „Kulturdenkmal Waldenserhaus“ für 35.000 Euro angeboten. Unser Parlamentsantrag „die Stadt soll es erwerben“ - wurde nicht aufgegriffen. Mittlerweile gibt es erneut Diskussionen und private Bemühungen, das Haus zu retten. In anderen Städten hat man die Bedeutung solcher Häuser erkannt. Mit Unterstützung städtischer Gremien wurden Bürgerinnen und Bürger, Kirchengemeinden und Vereine aktiv. Das sollte auch bei uns klappen.

Immer mehr Menschen haben einen zusätzlichen Nebenjob

Mehr als drei Millionen Beschäftigte in Deutschland haben mehrere Arbeitsverhältnisse. Dahinter stecken laut einer Studie oft finanzielle Probleme. Die Zahl der Menschen mit mehr als einem Job nimmt zu. Ende Juni 2019 waren rund 3.538.000 Mehrfachbeschäftigte registriert, wie aus einer Antwort der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf eine Anfrage der Linken im Bundestag hervorgeht. Das waren im Vergleich zu Juni 2018 rund 123.600 Menschen mehr – ein Anstieg von 3,62%. Fast drei Millionen Menschen hatten den Angaben zufolge neben einem regulären Job noch eine geringfügige Beschäftigung. Mehr als 345.400 Personen gingen zwei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen nach. Dritthäufigste

Variante war die Kombination von zwei oder sogar mehreren Minijobs. „Für immer mehr Beschäftigte reicht das Einkommen aus einem Job nicht mehr aus“, sagte die Linke-Abgeordnete Sabine Zimmermann. Als Maßnahme gegen die Entwicklung forderte sie, den Mindestlohn auf zwölf Euro die Stunde zu erhöhen. Derzeit beträgt der Mindestlohn 9,35 Euro pro Stunde. Der perverse Niedriglohnpolitik der letzten Jahre führt nahtlos in millionenfache Altersarmut. Heute tut man so, als würden Menschen in wachsender Zahl und nur allzu gern mehrere Jobs gleichzeitig ausüben, um ihre Konsumwünsche

besser befriedigen zu können. Doch es ist nicht die unersättliche Konsumgier von Arbeitern und Angestellten, die Grund für ihren gesundheitsgefährdenden Arbeitseifer ist. Es ist die Gier der Wirtschaft nach billigen Arbeitskräften, die für immer schlechtere Bezahlung sorgte und dafür, dass Menschen nun auch schlecht bezahlte Jobs annehmen, um über die Runden zu kommen.





Angesichts der sich zuspitzenden Wohnungskrise fordert der Deutsche Mieterbund radikale Lösungen. „Wohnen muss für Mieter bezahlbar sein und bleiben“, erklärte der Präsident des Verbandes gerade auf einer Pressekonferenz in Berlin. Notwendig seien jetzt schnelle und umfassende Schritte, um extreme Mietpreissteigerungen und Mieterverdrängung zu stoppen. „Ein wichtiges Element wäre die Wiedereinführung des gemeinnützigen Wohnungsbaus mit nicht nur befristet, sondern dauerhaft günstigen Mieten.“ So soll der Bestand an Sozialwohnungen von derzeit 1,2 Millionen bis zum Jahr 2030 mindestens auf zwei Millionen aufgestockt werden. Das würde den Bau von mindestens 800.000 neuen Sozialwohnungen in Deutschland bedeuten (Die DKP fordert in unserer Stadt seit vielen Jahren vergeblich die Wiederbelebung des „Sozialen Wohnungsbaues“).

Das gemeinwohlorientierte Unternehmen „Neue Heimat“ besaß zu seinen Hochzeiten in den 1980er Jahren mehr als 320.000 Sozialwohnungen in Westdeutschland. Dann gab es Mißwirtschaft und Privatisierungen des kommunalen Eigentums.

Mit seiner Forderung knüpft der Mieterbund an damalige gigantische Wohnungsbauprogramme an, wie es sie auch in der DDR gab. Als weitere Maßnahmen zur Stabilisierung des Wohnungsmarktes schlägt der Verband unter anderem eine Erhöhung des öffentlichen Wohnungsbestandes sowie einen Mietestopp vor.

Viele Sozialdemokraten in den Kommunen haben noch nicht begriffen, dass es höchste Zeit ist für prinzipielle Änderungen.

Die DKP/LL-Fraktion hatte vor einigen Monaten einen umfangreichen Fragenkatalog vorgelegt. Die Antworten sagen einiges aus über die momentan vorherrschenden Denkweisen im Rathaus. Die Gründe für den heutigen Druck auf dem Wohnungsmarkt werden nicht beleuchtet. Es gibt keine politische Betrachtung unserer Situation am Rande der Großstadt. Dafür Hilflosigkeit und Resignation statt Gestaltungswille.

Wir fragten: Wie nimmt die Verwaltung Einfluss auf örtliche Investoren, damit weniger Eigentumswohnungen und mehr Sozialwohnungen entstehen?

Aus dem Rathaus u.a.: Die Verwaltung hat keinen Einfluss auf Investoren, die ihre Projekte üblicherweise an den Renditeaussichten ausrichten. Auf dem „freien Markt“ aber sind 10.000 Euro pro Wohnung als Anreiz viel zu wenig, um einen Investor zu „überzeugen“, Sozial- statt Eigentumswohnungen zu bauen.

Wozu das führen kann, ist in den meisten deutschen Großstädten zu beobachten: Man nennt es „Land Banking“, also Kaufen von Grund und

Boden - nicht mit dem Ziel, tatsächlich zu bauen - sondern um allein durch Warten beim Weiterverkauf Profite zu erzielen. Oder, was dieselbe Art der Spekulation darstellt, zum Kaufen von Mietshäusern, nur um sie ohne nennenswerte Investitionen nach einer Weile mit Gewinn weiter zu verkaufen.

Als die SPD noch die „SPD“ war, hat sie auch ihre „Gründerväter“ noch gekannt. Friedrich Engels schrieb:

„Nicht die Lösung der Wohnungsfrage löst zugleich die soziale Frage, sondern erst durch die Lösung der sozialen Frage, d.h. der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht“.

Selbst das Bundesverfassungsgericht formulierte 1967: „Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen.“

Wir sind uns sicher: Die Wörter „Enteignung“ oder „Sozialisierung“ sind schon lange auf keiner Mitgliederversammlung der hiesigen SPD gefallen.

„Der Wald wird zum Minusgeschäft“

... stand in einer hiesigen Zeitung.

Man kann ja von Greta Thunberg halten, was man will: Wenn es im Januar 14 Grad warm war und die Leute in Strassencafés saßen, wo wir vor 40 Jahren noch dick eingemummelt durch den Schnee stapften, dann hat sich etwas verändert. Man nennt das „Klimawandel“.

Der führt auch dazu, dass es ein paar mehr „Extremwetterereignisse“ gibt oder „Starkregenereignisse“ oder eben ganz schlicht monatelange Trockenheit in zwei aufeinanderfolgenden Jahren.

Unser Wald hat dadurch sehr gelitten. Durch den Auguststurm des Jahres 2019 und andere Folgen der Trockenheit hat die Stadt Mörfelden-Walldorf praktisch ein Drittel ihres Waldbestandes verloren.

Ist das möglicherweise ein Grund, das Wort „Katastrophe“ in den Mund zu nehmen? Aber nein doch. Man wurschtelt weiter wie zuvor. Man stellt „Waldwirtschaftspläne“ auf und verfolgt oder duldet ungerührt alle geplanten Abholzungsmaßnahmen. Sehring, Terminal 3, IC-Trasse, Flughafenanbindung, ein bisschen Wald hier, ein bisschen da - wir haben's ja.

Die Katastrophe scheint bestenfalls darin zu bestehen, dass die Kasse nicht mehr stimmt. wie die oben zitierte Schlagzeile zeigt. Der Klimawandel ist ein „Minusgeschäft“ - nichts weiter.

Was soll man dazu sagen? Walter Benjamin prägte einmal den Spruch: „Die eigentliche Katastrophe besteht darin, dass alles immer so weiter geht.“ Na denn: Schlaft weiter und ruhet sanft. Bis zum nächsten „Starkwindereignis“.



Mords-Geschäfte

Es sind erschreckende Zahlen. Die Waffenverkäufe weltweit sind 2018 um fast fünf Prozent angestiegen. Die hundert größten Waffenproduzenten machten 2018 einen Umsatz von 420 Milliarden Dollar (381 Milliarden Euro) – und damit 4,6% mehr als im Vorjahr, so das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt für 2020 hat ein Volumen von rund 362 Milliarden Euro! Seit 2002 haben die Waffenverkäufe sogar um knapp 47% zugelegt. Ein „Bombengeschäft“ auch mit Kriegen in den Krisenregionen der Welt.

Die 100 größten Rüstungskonzerne der Welt machten 2018 glänzende Geschäfte. Nach einer neuen Studie des SIPRI-Instituts (Stockholm International Peace Research Institute) haben sie ihre Waffenverkäufe so stark gesteigert, wie seit zehn Jahren nicht mehr.

83% der Rüstungskapazitäten in NATO-Ländern

Die meisten der Top-100-Waffenschmieden haben ihren Sitz in den USA: Insgesamt 43 US-Fabrikanten des Todes sind gelistet. Der Gesamtwert ihres Rüstungsumsatzes nahm 2018 um 7,2% zu und beträgt 246 Milliarden Dollar, was 59% des Gesamtumsatzes entspricht. Es sind zugleich die umsatzstärksten Rüstungskonzerne der Welt. Erstmals seit dem Beginn der SIPRI-Dokumentation (2002), nahmen US-Firmen alle fünf Spitzenplätze im Ranking ein. Es sind dies: Lockheed Martin, Boeing, Northrop Grumman, Raytheon und General Dynamics. Zusammen kamen die fünf auf 148 Milliarden Dollar

Waffen-Umsatz oder 35 Prozent des Gesamtumsatzes (Lockheed allein steht für 47,4 Mrd. Dollar = 11% des Umsatzes der Top 100).

Die US-Rüstungskonzerne profitieren nicht nur vom Rüstungswahn der US-Regierung – 2018: 650 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben (36% der Welt-Militärausgaben) – sondern auch von ihren umfangreichen Waffenexporten in alle Welt.

Waffen aus Deutschland

Nach neuesten Zahlen steuern die Waffenverkäufe 2019 auf einen neuen Spitzenwert zu. Bis Ende Oktober stiegen die Genehmigungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf einen Wert von 7,9 Milliarden Euro, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken. Der größte deutsche Waffenexporteur ist der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern.

Die mit Abstand meisten Exporte mit 1,77 Milliarden Euro gingen an den EU- und Nato-Partner Ungarn. Dahinter folgt Ägypten mit 802 Millionen Euro. Weitere Top-Kunden sind die Vereinigten Arabischen Emirate (206 Mio. Euro), Katar (212 Mio.) und Algerien (238 Mio.).

Union und SPD hatten zwar in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, Exporte an die „unmittelbar“ am Jemenkrieg beteiligten Staaten einen Riegel vorzuschieben. Trotzdem wurden Rüstungsgüter an Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate (UAE) geliefert, die der von Saudi-Arabien geführten Kriegsallianz gegen die Huthi-Rebellen im Jemen angehören (die UAE zogen sich erst im August 2019 aus dem Jemen zurück).

Ostermarsch 2020

Aus dem Aufruf zum Frankfurter Ostermarsch 2020

Rund um den 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg soll in Osteuropa bis zur russischen Westgrenze eines der aufwändigsten NATO-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges stattfinden. ...

Wir leben in einer Welt, in der es mehr Konflikte und Kriegshandlungen als zur Zeit des Kalten Krieges gibt. Die Gefährdung der Menschheit wächst. Es werden neue Waffen entwickelt, die auch Atomkriege wieder gewinnbar machen sollen. Kriege heizen das Weltklima weiter an. Wirtschaftliche Erpressungspolitik, Sanktionen und Handelskriege zerstören weltweit ökonomische und ökologische Existenzgrundlagen. Immer mehr Menschen sind wegen Krieg, Armut und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auf der Flucht. Wir gehen zu Ostern auf die Straße, um eine friedenspolitische Wende in der deutschen Außenpolitik einzufordern.

Das heißt für uns: Abrüstung statt Erhöhung des Rüstungshaushalts.

Ein gesamteuropäisches entmilitarisiertes Sicherheitssystem statt weiterer Konfrontationspolitik. ...

Stopp der Rüstungsexporte, weil damit Kriege wie gegen die Kurden in Syrien, im Irak, den Iran oder durch Saudi-Arabien im Jemen befeuert werden. ...

Abzug der US-Atomwaffen in Büchel, Verzicht auf atomare Teilhabe und Unterzeichnung des UN-Vertrages zum Verbot von Atomwaffen durch die Bundesregierung.

Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr wie in Mali, Irak und Afghanistan. ...

Eine friedenspolitische Wende schafft finanziellen Raum für Schulen und Kitas, sozialen Wohnungsbau, Krankenhäuser, Kommunale Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischen Umbau. ... Die Durchsetzung von Frieden, Demokratie und sozialer Sicherheit ... erfordert auch unseren entschiedenen Kampf gegen Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Dafür gehen wir an Ostern auf die Straße.



LUXEMBURG- LIEBKNECHT- DEMONSTRATION

Mehrere zehntausend Menschen haben in Berlin an die am 15. Januar 1919 ermordeten Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erinnert.

Unter roten Fahnen demonstrierten Mitglieder zahlreicher Parteien und Organisationen gemeinsam für die Überwindung des kapitalistischen Systems. Der Demonstrationzug endete am Gedenkstein „Die Toten mahnen uns“, an dem neben zahlreichen Toten der Novemberrevolution auch führende Vertreter der sozialistischen Bewegung bestattet sind. Ein Meer roter Nelken bedeckte die Gedenksteine.

Neben der traditionellen Demonstration im Gedenken an die ermordeten Kommunistenführer gab es die Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz. An der Konferenz beteiligten sich ebenfalls fast 3.000 Menschen.

Auf dem Jugendpodium der Rosa-Luxemburg-Konferenz diskutierten AktivistInnen von Fridays-For-Future, Deutsche-Wohnen-Enteignen sowie von DIDF-Jugend, Linksjugend-solid und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) unter dem Motto „Wessen Welt ist die Welt?“ über die Erfahrungen in ihren verschiedenen Kämpfen.

Lena Kreymann, Bundesvorsitzende der SDAJ wies in ihrer Rede auf der gemeinsamen Abendveranstaltung mit der Kommunistischen Partei DKP auf einen fast vergessenen Jahrestag hin: „Vor 15 Jahren wurde Hartz IV eingeführt. Damit wurde die alte Sozialhilfe abgeschafft und die Bedürftigen erhalten deutlich weniger Leistungen, werden deutlich strenger kontrolliert und müssen schnell mit Strafen rechnen. Hartz IV (...) hat das deutsche Kapital vor den schlimmsten Auswirkungen der Krise ab 2008 bewahrt, ja, es sogar gestärkt daraus hervorgehen lassen“.

Auch das Programm der Rosa-Luxemburg-Konferenz war von vielen Beiträgen aus anderen Ländern bestimmt, darunter aus Frankreich, Kuba, Kolumbien, Israel und Polen.

Ein Hauptthema war das Thema Krieg und Frieden. Die Gefahr eines großen Krieges ist real. Der mörderische Raketenangriff der USA stellte eine gewaltige Zuspitzung der Aggression dar und die Kriegsübung „Defender 2020“ ist eine enorme Provokation.

Pünktlich zum 75. Jahrestag des Siegs über den deutschen Faschismus sollen 37.000 US- und NATO-Soldaten durch Europa transportiert werden, um an der russischen Grenze aufzumarschieren. Wo Krieg vorbereitet wird, ist Widerstand Pflicht.

Immer mehr Menschen sind wegen Krieg, Armut und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auf der Flucht. Auch deshalb gehen wir zu Ostern auf die Straße, um eine friedenspolitische Wende einzufordern.

Auf zum Ostermarsch 2020!

Ein Jahr lang haben Forscher neun Regionen auf der Erde untersucht, welche Folgen ein ungebremseter Klimawandel auf sie haben würde. Ihr Fazit: Geschehe nichts, könnte der Klimawandel „Hunderte Millionen Menschenleben gefährden“.



Was etwa die Hitzeextreme bedeuten, zeigt sich am Besten am Beispiel Indiens. Dort wird heute rund die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes unter freiem Himmel erwirtschaftet, hauptsächlich in der Landwirtschaft und im Bergbau.

„Bei der jetzigen Entwicklung würden hier 2050 zwischen 160 und 200 Millionen Menschen in Regionen leben, die eine fünfprozentige Wahrscheinlichkeit für tödliche Hitzewellen haben“, schreiben die Analysten.

Ebenso schlimm würde es viele andere Regionen im „Getreidegürtel“ der Erde treffen. In nur sechs Regionen werden derzeit rund 60% des Weizens, Mais, Reis und Sojas der Welt geerntet. Sie liegen alle an Plätzen, die künftig von mehr Wetterextremen bedroht sind. Steigt die Wahrscheinlichkeit von Ernteausfällen, klettern die Preise: „Preisanstiege von 100% wären dann keine Seltenheit.“

Die Auswirkungen wären natürlich auch bei uns zu spüren. In Europa trifft es ebenfalls die Landwirtschaft. Schon in den vergangenen Sommern erlebten wir hierzulande häufigere und längere Dürrephasen. Ein Phänomen, das sich in Zukunft verstärken dürfte. „2050 dürfte das Klima in Marseille mehr dem von Algier heute ähneln“, schreiben die Forscher. Der US-Präsident will davon nichts wissen.

Seit Davos müssten es alle wissen.

Der Film: <https://www.youtube.com/watch?v=SOVeprq0Hrs>



Wenn du mit uns zu Veranstaltungen wie die „Rosa-Luxemburg-Konferenz“ fahren willst oder zum Pfingstcamp der SDAJ oder auf dem Pressefest der DKP diskutieren und feiern möchtest, schreib uns!

Auf facebook.com/DKPLinkeListe/
Pfingstcamp 29.5-1.6.2020
UZ-Pressefest 28.8-30.8.2020

Von der Stadtverordnetenfraktion Mörfelden-Walldorf der DKP/Linke Liste gibt es folgende Parlamentsinitiativen

Antrag

Offene Bücherschränke im Wohngebiet Mörfelden Nordwest aufstellen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Im Rahmen der Umgestaltung des Gebietes Mörfelden Nordwest (Programm „Soziale Stadt“) wird im Bereich des Tizianplatzes an einem geeigneten Ort ein „Offener Bücherschrank“ aufgestellt. Auch am Salvador-Allende-Platz wird ein solcher Bücherschrank eingerichtet.“

Begründung:

Die „offenen Bücherschränke“ in unserer Doppelstadt werden durch die Bevölkerung gut angenommen und erfreuen sich großer Beliebtheit. Im Stadtteil Mörfelden, westlich der Bahnlinie fehlt bisher ein solches Angebot.

Wir betrachten diese Bücherschränke als sinnvolle und wünschenswerte Einrichtungen.

Diese Maßnahme wäre auch ein weiterer kleiner Beitrag zu einem lebendigen Quartier, das in nächster Zeit umgestaltet und dadurch aufgewertet werden soll.

Anfrage

Sind die Vorgänge um das AHZ Mörfelden-Walldorf Teil des AWO-Skandals?

Die Kreisverbände Frankfurt und Wiesbaden der Arbeiterwohlfahrt (AWO) machen seit Monaten negative Schlagzeilen. Vor fünf Jahren wollte die AWO/JKS (Johanna-Kirchner-Stiftung) als Pächter des Altenhilfezentrums Mörfelden (AHZ) mit den selben Akteuren, gegen die heute die Staatsanwaltschaft ermittelt, so schnell wie möglich aus dem Vertrag mit der Stadt Mörfelden-Walldorf raus, der noch bis 2020 gelaufen wäre. Hintergrund war wohl der Plan, auf den Betrieb von Flüchtlingswohnheimen „umzusteigen“, um offensichtlich deutlich höhere Gewinne zu erzielen.

Schon damals haben wir in Frage gestellt, ob das mit dem Selbstverständnis der AWO vereinbar ist und kritisiert, dass sie sich hier zum Schaden der Stadt, des

Personals und der Bewohnerinnen und Bewohner des AHZ und ihrer Angehörigen aus vertraglichen Verpflichtungen stehlen will. Das ging so weit, dass es mehr oder weniger offen hieß: Wenn wir nicht aus dem Vertrag entlassen werden, fahren wir den Laden an die Wand. Ein Akteneinsichtsausschuss, den die DKP/Linke Liste beantragt hatte, wurde von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung damals abgelehnt.

Wir fragen den Magistrat:

„Ist vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen um die AWO Frankfurt/Wiesbaden daran gedacht, die Vorgänge um das AHZ Mörfelden-Walldorf in den Jahren 2014/15 zu überprüfen bzw. überprüfen zu lassen?“

Welcher Schaden ist der Stadt durch die Vertragsauflösung bzw. den Verzicht auf Ausgleichszahlungen entstanden, der möglicherweise gegenüber der AWO/JKS oder ihrer Geschäftsführung geltend zu machen wäre?

Sind die Unterlagen zu den Auflösungsverhandlungen mit der AWO/JKS bei der Stadtverwaltung noch vollständig vorhanden?“

Anfrage

Öffnungszeiten der Bürgerbüros

„Wie oft und wie lange waren in den vergangenen fünf Jahren die Bürgerbüros in den Stadtteilen unserer Stadt geschlossen?“

(Wir bitten um eine Aufstellung der Schließungszeiten nach Jahr, Stadtteil, Zeitraum und Grund.)

Was wurde bisher unternommen, um die Bürgerbüros in beiden Stadtteilen für die Einwohner unserer Stadt durchgängig offen zu halten und wird das in nächster Zukunft gewährleistet sein?

Wie ist die Amtsleitung des Bürger- und Ordnungsamts inzwischen neu geregelt worden?“

Anfrage

Kita III Kinder ziehen ins Bürgerhaus

... hieß es in einer Pressemitteilung der Stadt im Dezember 2019

„Wie weit ist die Planung für die Nutzung des Bürgerhauses als Alternativ-Kita für die Kinder der Kita III - Elsa-Brandström-Straße gediehen?“

Ist der Zeitplan realistisch oder ist damit zu rechnen, dass das Bürgerhaus länger

als die angekündigten sechs Monate (ab Februar) als „Übergangslösung“ genutzt werden muss?

Welche Bereiche des Bürgerhauses und des Außengeländes sind für die Nutzung als Alternativ-Kita vorgesehen?

Welche Bereiche des Bürgerhauses und des Außengeländes stehen weiterhin der Öffentlichkeit bzw. den Vereinen und anderen regelmäßigen Nutzern als Übungs-, Tagungs- und Veranstaltungsräume zur Verfügung?

Haben die Vereine mit größeren Einschränkungen zu rechnen und ist mit ihnen schon darüber gesprochen worden?

Trifft es zu, dass der Pachtvertrag mit dem Gaststättenbetreiber im Bürgerhaus aufgelöst wurde und sind im Bereich der Gaststätte größere Umbaumaßnahmen nötig?

Wie kommen die Kinder in die Kita - Ist der Transport der Kinder mit Fahrgemeinschaften und Shuttle-Bus gewährleistet?“

Anfrage

Ist die Schwimmbadsaison 2020 gesichert?

Im Oktober letzten Jahres hat es die Mehrheit von SPD, FW und FDP abgelehnt, die Erneuerung der Heiztechnik im Mörfelder Waldschwimmbad sofort zu beauftragen. Der dahingehende Antrag des Bürgermeisters mit einer klaren Aussage zum Weiterbetrieb des Schwimmbads in der Saison 2020 wurde verworfen.

Der Magistrat wurde stattdessen beauftragt, umgehend nach Verabschiedung des Doppelhaushalts 2020/21 die technischen Anlagen zu erneuern und zu ergänzen.

Ob und wie sich diese Verzögerung auf die Saisonöffnung auswirkt, blieb offen.

Wir fragen den Magistrat:

„Welche Ausschreibungen zur Erneuerung der Heiztechnik im Mörfelder Waldschwimmbad sind notwendig und wann sind sie erfolgt?“

Wann ist im Fall erforderlicher Ausschreibungen mit den Auftragsvergaben zu rechnen und welcher Zeitraum ist für die Arbeiten angesetzt?

Welche Aufträge sind bereits vergeben worden und sind bereits Arbeiten begonnen worden?

Ist gewährleistet, dass die Arbeiten zum üblichen Saisonbeginn des Waldschwimmbad beendet sind und das Schwimmbad eröffnet wird?“

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

FRAPORT:

Ständige Waldverluste.

**Gewaltiges
Verkehrsaufkommen in der
Luft und auf den Straßen.**

**Flächenversiegelung
so weit das Auge reicht.**

**Krach und
Luftverschmutzung.**

Gifthalde in Sichtweite.

Rücksichtslos

Kapitalismus brutal. Bei jeder Flughafenerweiterung erleben wir es: Letztlich setzt sich die Fraport (früher FAG) durch. Der „gute Nachbar“ ist eine schwere Belastung für Mensch, Natur und Klima.

Das Misstrauen der Bevölkerung ist groß, aber viele sagen auch „da kann man doch nichts machen!“ Solange Proteste nur klein sind, solange die handelnden politischen Kräfte bei Wahlen nicht abgestraft werden, zieht der Fraport-Konzern „die Sache“ durch. Fraport hat schon vor dem ersten Spatenstich für das Terminal 3 gewusst, dass die Entsorgung der Altlasten ein Problem ist. Wieder erleben wir die dort Verantwortlichen „knallhart“.

Auf die Gesundheit der Menschen in der Nachbarschaft wird keine

Rücksicht genommen. Es ist kaum zu erwarten, dass das PFC-Lager bei Mörfelden-Walldorf nicht genehmigt wird.

Dabei sind Per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC) alles andere als harmlos. Sie sind kaum abbaubar, bleiben sehr lange in der Umwelt. Einige PFC reichern sich in Organismen an, wirken gesundheitsschädlich auf den Menschen.

Dass diese Stoffe auf speziellen Deponien zu entsorgen sind, hat also seine Berechtigung. Deren Böden müssen gut abgedichtet sein, damit das Gift nicht über die Niederschläge ins schätzenswerte Grundwasser gelangt.

Eben das befürchten die Menschen rund um den Frankfurter Flughafen. Jahrelang will Fraport dort belasteten Erdaushub von Terminal 3 provisorisch lagern. Und nichtswährt solange

Meine Meinung

Lager für giftige Erde

Als ich im November letzten Jahres zur Demo zum Flughafen fuhr, staunte ich, dass auf dem ehemaligen Betriebsgelände, dann Holidayparkplatz, ein großer Wall Erde aufgeschüttet war. Nanu, was ist das? Ich erfuhr es bald aus der Presse, dass im Zuge des Baus von Terminal 3 Erdreich ausgebaggert und entsorgt (zwischenlagert?) würde. Die Stadt und auch der Kreis Groß-Gerau protestierten und verlangten eine „immissionsrechtliche Genehmigung der Lagerung“. 600

GÜNTER KUNERT

Für Laika

*In einer Kugel aus Metall,
Dem besten, das wir besitzen,
Fliegt Tag für Tag ein toter Hund
um unsere Erde*

Als Warnung.

*Dass so einmal kreisen könnte
Jahr für Jahr um die Sonne,*

Beladen mit einer toten

Menschheit,

Der Planet Erde,

Der beste, den wir besitzen.

(1963)

000 Kubikmeter belasteter Boden birgt schließlich die Gefahr, dass durch Auswaschungen giftige Substanzen (PFC - polyfluorierte Chemikalien) ins Grundwasser gelangen.

Jetzt liegen die Planunterlagen in den Rathäusern bis 6. Februar aus. Die Bürger haben die Möglichkeit der Einsichtnahme und können Einwendungen machen. Zuerst werden Fakten geschaffen und dann springen die Behörden hinterher und genehmigen. So wird es sein! Oder glauben Sie, dass die grüne Regierungspräsidentin, der grüne Verkehrsminister, die grüne Umweltministerin diesen Umweltschmelzer stoppen? Oder wird die Fraport-Aktienmehrheit (Land Hessen, Stadt Frankfurt) andere Möglichkeiten suchen und finden, um diese Gefahr auszuschalten? Und glauben Sie, dass in fünf Jahren, so lange soll das Material dort lagern dürfen, eine Alternative gefunden wird?

Rudolf Dötsch, Schumannstr. 3

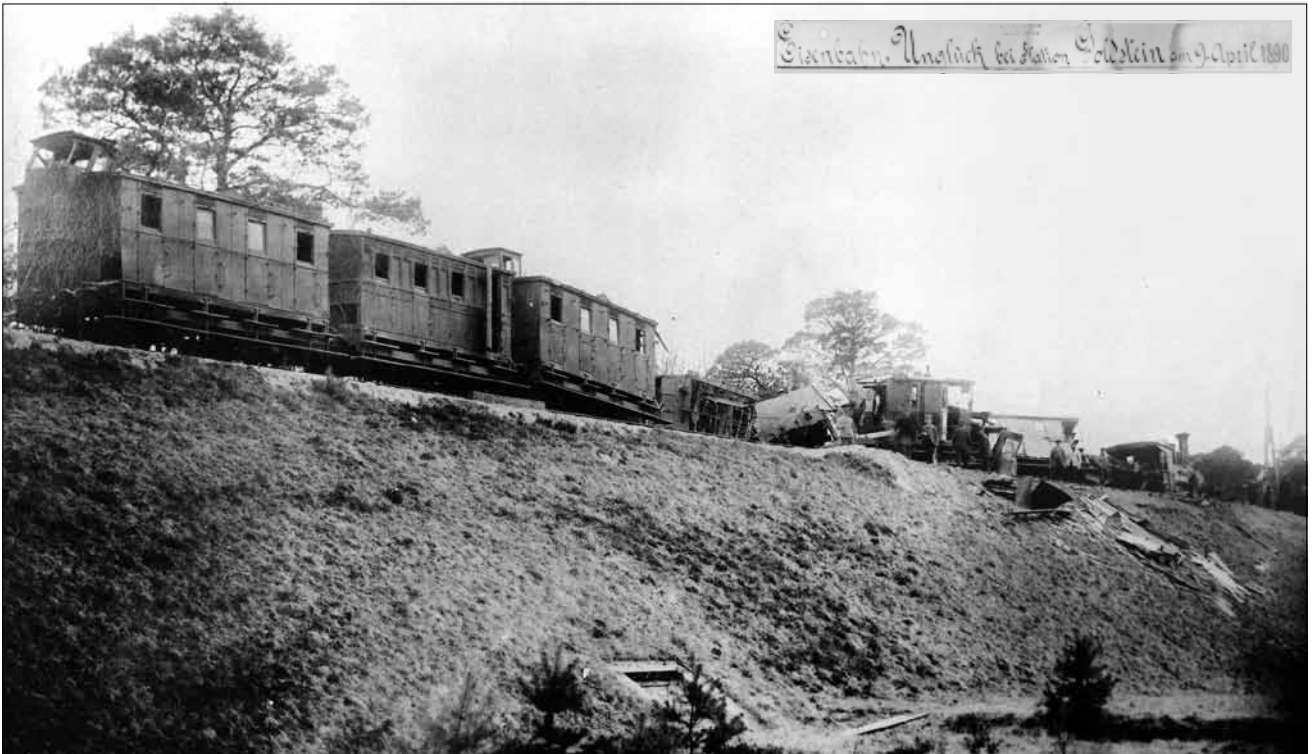
Neujahrsempfang im Mörfelder Bürgerhaus

Schon seit Jahren gibt es den gemeinsame Neujahrsempfang der Linken mit der DKP der Doppelstadt im Bürgerhaus Mörfelden. Rund 80 Gäste waren es diesmal. Unter den Besuchern waren viele Kommunalpolitiker, darunter auch Bürgermeister Thomas Winkler. Zwischen den Reden sorgten die Sänger der „Zweiten Hessischen Gebirgsmarine“ mit Seemannsliedern für Stimmung.

Es sprachen: Marcel Baymus für die Linke; Gerd Schulmeyer (Foto), örtlicher Vorsitzender der DKP und die Bundestagsabgeordnete der Linken Heike Hänsel.



Stadtgeschichten



Es war eine schlimme Nachricht für die Walldorfer und Mörfelder Bevölkerung, die sich wie ein Lauffeuer am frühen Morgen des 9. April des Jahres 1890 verbreitete: Ein Zugunglück bei Goldstein - heute Bahnhof „Frankfurt Stadion“. Viele Frauen aus Walldorf und Mörfelden, deren Männer den 6-Uhr-Frühzug bestiegen hatten, machten sich zu Fuß nach dem Unglücksort auf. Dort bot sich ihnen ein schrecklicher Anblick. Umgestürzte und ineinandergeschobene Waggons versperrten den Schienenstrang. Zahlreiche Verletzte hatten sich zum Bahndamm geschleppt. Dort wurden sie von einem herbeigeeilten Mörfelder Arzt notversorgt. Erst gegen 10 Uhr trafen aus Frankfurt genügend Hilfsmannschaften mit Ärzten und Sanitätern ein. Von den Walldorfer Fahrgästen wurde keiner ernsthaft verletzt, denn sie saßen alle in den letzten Wagen. Mörfelden dagegen musste schmerzliche Verluste hinnehmen: 2 Tote, 18 Schwer- und über 50 Leichtverletzte. Für die betroffenen Familien ein herber Verlust.

Dies geschah an der Eisenbahnlinie Frankfurt – Groß-Gerau – Mannheim, der sog. „Riedbahn“, eröffnet im Jahre 1879, an der die Orte Walldorf und Mörfelden eine Haltestelle erhielten.

Die Strecke war bis zum Jahre 1898 nur eingleisig – evtl. auch Teil der Ursache des Unglücks?

Für die vielen Maurer, die aus Walldorf und Mörfelden in Frankfurt arbeiteten und vor dem Eisenbahnbau nur am Wochenende zu Fuß nach Hause kamen, um sich am Montag wieder sehr früh auf den Weg nach Frankfurt zu machen, war die Eisenbahn eine große Erleichterung.

Informationen aus der Walldorfer Chronik.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa



Cocktailabend, Thema: Valentine's Day
Freitag, 7. Februar - 20 Uhr - Eintritt frei

Aus anderer Schüsseln schmeckt es immer besser!

Freitag, 14. Februar, 18 Uhr - Essen 10,- €
(mit Stadtpass frei), Getränke extra

Spieleabend

Dienstag, 18. Februar - 20 Uhr - Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 20. Feb. - 20 Uhr - Eintritt frei

**„Weisst du, wieviel Sternlein stehen?“
(Vortrag Gerd Köllner)**

Freitag, 21. Februar - 20 Uhr - Eintritt frei

Krimi-Lesung mit Oliver Bottini

Donnerstag, 27. Februar - 20 Uhr
Eintritt: 10,-/8,- € (erm.)

VVK im KuBa und Buchhandlung Giebel

Quiz

Freitag, 28. Februar - 20 Uhr
Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

Deer iss
e bissje
nääwer de Kabb.